

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer,  
Klaus Brähmig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
sowie der Abgeordneten Gabriele Groneberg, Dr. Sascha Raabe,  
Stephan Hilsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 16/5740 –**

### **Klimawandel global und effizient eindämmen – Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern entschieden voranbringen**

#### **A. Problem**

Für den besorgniserregenden Klimawandel überwiegend verantwortlich sind die weltweit hohen Treibhausgasemissionen der Industrieländer, zunehmend aber auch die der Schwellenländer, auf der Grundlage fossiler Energieträger. Hinzu kommen klimaschädliche Emissionen aus Industrieprozessen, der Landwirtschaft sowie die zunehmende Zerstörung tropischer Regenwälder und Mooregebiete.

Die Folgen des Klimawandels treffen alle Länder der Erde. Am stärksten betroffen sind die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), die nicht in der Lage sind, Anpassungsmaßnahmen selbst zu finanzieren. Durch die klimatischen Veränderungen wird für deren ärmste Bevölkerungsschichten der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und Basisgütern, z. B. sauberem Wasser, weiter abnehmen. Der Anstieg des Meeresspiegels droht, die kleinen Inselstaaten im Pazifik und in der Karibik sowie die Flussdeltas in Asien zu überfluten.

#### **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/5740 anzunehmen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Thilo Hoppe**  
Vorsitzender

**Dr. Christian Ruck**  
Berichterstatter

**Gabriele Groneberg**  
Berichterstatterin

**Hellmut Königshaus**  
Berichterstatter

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Ute Koczy**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Gabriele Groneberg, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel und Ute Koczy

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5740** in seiner 106. Sitzung am 22. Juni 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Globale und effiziente Eindämmung des Klimawandels – Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern entschieden voranbringen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung, der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** in seiner 46. Sitzung, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 50. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 45. Sitzung, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** in seiner 54. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 42. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der

Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme.

Die **Fraktion der SPD** erläutert, die Koalition wolle mit dem Antrag einen umfassenden Überblick über die Klimapolitik und die Energiepolitik in Entwicklungsländern geben. Es bestehe nicht die Absicht, nur noch Hochtechnologie nach Afrika zu liefern, man müsse sich auf die Gegebenheiten vor Ort einrichten und die Themen Tropenwaldschutz und Biodiversität einbeziehen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel seien kein Streitpunkt. Bei den innovativen Finanzierungsinstrumenten sei man noch nicht so weit, wie es wünschenswert sei, hier gebe es innerhalb der Koalition einen Dissens zur Tickettax. Einig sei man sich hinsichtlich der Notwendigkeit eines „Kyoto Plus“. Es wäre aber auch wünschenswert, dass alle in Frage kommenden Staaten, insbesondere die USA, das bestehende Kyoto-Protokoll ratifizieren würden. Die Verhandlungen, die in Vorausschau auf Bali und in Bali stattfänden, würden sicherlich ein Ergebnis zeigen. Die ganze Welt sei sich bewusst, dass alle erheblich betroffen seien, wenn man nicht zusammenarbeite.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass sie sich bei der Abstimmung zu diesem Antrag enthalten werde. Der Antrag gehe zwar in die richtige Richtung und enthalte viele zu befürwortende Aspekte, beinhalte aber zu wenig Fakten. Er gehe weder zielorientiert an die Sache heran, noch nenne er klare Ziele oder zeige Strategien zur Umsetzung auf.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass sie den Antrag ablehnen werde, obwohl im Feststellungsteil kein großer Dissens bestünde. Die Forderung nach innovativen Finanzierungsinstrumenten könne aber nicht gestützt werden. Außerdem gebe es ordnungspolitische Bedenken, weil keine eindeutige Trennung zwischen entwicklungspolitischen und umweltpolitischen Maßnahmen vorgenommen würde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** merkt an, die Entwicklungsländer seien gleichzeitig Täter und Opfer im Klimawandel. Im Wachstum vieler Entwicklungsländer liege auch eine klimapolitische Gefahr, es müsse gelingen, das Wachstum vom Energieverbrauch abzukoppeln. Im Rahmen der EZ und beim Kyoto-Mechanismus müsse der Wald, als CO<sub>2</sub> senkend, besser geschützt werden. Entwicklungs- und Umweltpolitik müssten noch viel stärker verknüpft werden und es sei positiv, dass sich dies bereits entscheidend verbessert habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, dass gerade weil das BMU und das BMZ viel besser zusammenarbeiten würden, man mit diesem Antrag weit hinter den eigentlichen Möglichkeiten zurückbleibe. Aus diesem Grund werde sie den Antrag ablehnen. Insgesamt sei die Kluft zwischen dem, was an Dringlichkeit in Fragen des Klimaschutzes beschrieben sei, und dem, was konkret an Vorschlägen gemacht werde, sehr groß. Der Antrag treffe keine Aussagen zur Vergabepolitik der Weltbank. Deutschland hätte hier die Möglichkeit, Großprojekte zu stoppen. Auch bestünde nach wie vor in großem Maße die Förderung von fossilen Energieprojekten, es fehle die Förderung regenerativer Energieprojekte. Insgesamt behandle der Antrag zu wenig die neuen Finanzierungsmechanismen, wobei es nicht nur um die bescheidene Initiative der Flugticketsteuer ginge. Entscheidend sei vor allem, dass der gesamte See- und Luftverkehr besteuert werde, um eine ökologische Lenkungsfunction zu bekommen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

**Dr. Christian Ruck**  
Berichterstatter

**Gabriele Groneberg**  
Berichterstatterin

**Hellmut Königshaus**  
Berichterstatter

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Ute Koczy**  
Berichterstatterin